

Zum 1. Januar 2011 hat die **M.M. Warburg & CO KGaA**, Hamburg, die bislang von der **Sparkasse Bremen** gehaltenen 49 Prozent am Bankhaus **Carl F. Plump & Co.** erworben und das Institut damit vollständig übernommen. Seit 1999 hielt die Hamburger Bank 51 Prozent an dem Institut, das neben dem Stammhaus in Bremen eine Niederlassung in Oldenburg betreibt.

Einen Entwurf zur Neuregelung der Bilanzierung von **Hedge-Aktivitäten** hat das **International Accounting Standards Board (IASB)** Anfang Dezember 2010 vorgelegt. Ziel ist es, die Berichterstattung einfacher und transparenter zu machen. Dazu soll diese von einem regel- auf einen prinzipienbasierten Ansatz umgestellt werden. Unter anderem sollen Maßnahmen des Risikomanagements damit besser in der Bilanz ablesbar werden. Die Behandlung von Portfolio-Hedges bleibt derweil ausgeklammert. Bis 9. März 2011 läuft nun eine Konsultationsphase. Die Fertigstellung der Regelung wurde für das erste Halbjahr des laufenden Jahres in Aussicht gestellt. Anzuwendend wären die Vorgaben dem Zeitplan zufolge für alle Geschäftsjahre, die ab Januar 2013 beginnen.

Nach zwei Konsultationsphasen hat das **britische Finanzministerium** den Eingangssatz für die ab Januar 2011 zu zahlende **Bankenabgabe** angehoben. Statt wie zunächst beabsichtigt 0,04 Prozent wird nun auf bestimmte Bilanzpositionen von Großbanken, Building Societies sowie britischen Ablegern ausländischer Institute ein Satz von 0,05 Prozent angewendet. Ab dem Jahr 2012 gilt zudem eine Quote von 0,075 statt 0,07 Prozent. Nach Rechnung des Schatzamtes sollen damit rund 2,5 Milliarden britische Pfund (rund drei Milliarden Euro) jährlich in die Staatskassen fließen.

Die **Deutsche Bank AG**, Frankfurt am Main, führt eine neue Kernbankplattform für ihren Unternehmensbereich Global Transaction Banking (GTB) ein. Den Plänen zufolge soll die Software TCS BaNCS des indischen Anbieters **Tata Consultancy Services** diverse Plattformen in mehr als 30 Ländern ersetzen. Der Schritt sei Teil eines Vorhabens, die weltweite IT-Plattform des Geschäftsbereichs in den kommenden Jahren schrittweise zu modernisieren. Angaben zu finanziellen Details wurden nicht gemacht. Der Übergang soll in mehreren Phasen über die kommenden Jahre erfolgen. Bereits Anfang 2010 hatte das Frank-

8. Dezember 2010 bis 17. Dezember 2010

furter Geldhaus angekündigt, bislang selbst entwickelte Softwarelösungen im Heimatmarkt durch eine Plattform des Walldorfer Anbieters **SAP AG** zu ersetzen.

Mitte Dezember 2010 hat die **Deutsche Bank** von der US-amerikanischen Kartellbehörde die Genehmigung zur Übernahme der **Deutsche Postbank AG**, Bonn, erhalten. Anschließend erhöhte die Deutsche Bank ihre Beteiligung an der Postbank wieder zurück auf 51,98 Prozent (siehe auch Bankenchronik 24-2010). Die Höhe der Beteiligung entspricht dem Niveau nach Abschluss des freiwilligen öffentlichen Übernahmeangebots, das am 3. Dezember 2010 wirksam wurde. Die Konsolidierung der Postbank wurde damit zum gleichen Stichtag durchgeführt, wodurch sich das Geschäftsergebnis der Postbank im letzten Monat des Berichtsjahres 2010 in der Quartalsberichterstattung der Frankfurter Konzernmutter für das vierte Quartal 2010 widerspiegeln wird.

Die **VR-Leasing AG**, Eschborn, stockt ihre Anteile an der **VR Factorem GmbH** von bisher 74,9 Prozent auf nunmehr 100 Prozent auf. Dazu hat das Leasingunternehmen den Anteil von 25,1 Prozent der französischen Natixis Factor übernommen, einem Unternehmen der **Finanzgruppe BPCE** (Banque Populaire/Caisse d'Épargne). Ziel des Eschborner Finanzdienstleisters sei es, das Factoring neben Leasing und Kredit zu einem strategischen Standbein auszubauen.

Die US-amerikanische Kartengesellschaft **American Express** kauft dem europäischen Finanzinvestor **Palamon Capital Partners** dessen Anteil von 54 Prozent am deutschen Payback-Betreiber **Loyalty Partner** ab. Der Kaufpreis für das Paket wird auf 240 Millionen Euro beziffert. Darin enthalten seien 45 Millionen Euro an Nettoschulden, die Amex übernimmt und ablöst. Das US-Unternehmen will in den nächsten fünf Jahren für weitere rund 71 Millionen Euro den Anteil des Managements übernehmen.

Ende 2010 hat die **Europäische Zentralbank (EZB)**, Frankfurt am Main, ihr Kapital von 5,8 auf 10,8 Milliarden Euro erhöht. Das Vorhaben soll unter anderem durch die

Einbehaltung eines Teils des Gewinns des zurückliegenden Geschäftsjahres finanziert werden. Im Jahr 2009 hatte sich der an die nationalen Notenbanken ausgeschüttete Nettogewinn auf insgesamt 2,3 Milliarden Euro belaufen. Insgesamt erhöht sich das gezeichnete Kapital der **Deutschen Bundesbank**, Frankfurt am Main, um 950 Millionen Euro auf rund zwei Milliarden Euro. Nachdem die hiesige Zentralbank bis zum 29. Dezember 2010 eine Summe von 316 Millionen Euro einzuzahlen hatte, soll der Restbetrag Ende 2011 und Ende 2012 in zwei weiteren Raten erfolgen.

Gegen zu leistende Geldzahlungen von rund 50 Millionen Euro hat die **Staatsanwaltschaft Bochum** das Strafverfahren gegen mehrere Liechtensteiner Banken vorläufig eingestellt. Mit 46,35 Millionen Euro hat den Hauptteil der Summe die **LGT Group** zu begleichen, auf weitere 45 Beschuldigte verteilen sich die Forderungen von insgesamt 3,65 Millionen Euro. In einem anderen Verfahren ermittelt derweil die **Staatsanwaltschaft Düsseldorf** konkret gegen Mitarbeiter der schweizerischen Großbank **Credit Suisse** wegen des Verdachts der Beihilfe zur Steuerhinterziehung.

Der **Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht** hat die endgültige Version der neuen Eigenkapital- und Liquiditätsanforderungen (Basel III) veröffentlicht. Gefordert werden darin unter anderem ab 2015 eine harte, zuverlässige Eigenkapitaldecke von 4,5 Prozent, die nur aus Aktien und Gewinnrücklagen bestehen darf. Bis 2019 müssen diese auf sieben Prozent aufgestockt werden, damit die Banken nicht Beschränkungen bei der Ausschüttung unterliegen. Ebenfalls vorgelegt wurden die Ergebnisse einer Auswirkungsstudie. Danach kämen die 94 größten Banken per Jahresabschluss 2009 zusammengenommen auf eine harte Eigenkapitalquote von 5,7 Prozent. Insgesamt ermittelte die Studie bei 263 Banken aus 23 Ländern derweil einen zusätzlichen Kapitalbedarf bis 2019 von 602 Milliarden Euro.

Mitte Dezember 2010 hat sich der **Europäische Systemrisikoprüfer (ESRB)** konstituiert (siehe auch Personalien). Der ESRB soll vor künftigen Verwerfungen im Finanzsystem warnen und somit als eine Art Frühwarnsystem helfen, Krisensituationen zu verhindern. Konkrete Befugnisse hat der Rat keine. Die erste Arbeitssitzung wurde für den 20. Januar 2011 angesetzt.